

## **Antrag**

**der Abgeordneten Gerd Poppe, Vera Wollenberger, Werner Schulz (Berlin)  
und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Zur aktuellen Situation im Krieg in Bosnien-Herzegowina**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit Monaten scheitern die Bemühungen um einen Verhandlungsfrieden für den Krieg in Bosnien-Herzegowina. Die gebrochenen Waffenstillstandsvereinbarungen sind nicht mehr zu zählen. Absehbar ist jedoch, daß die schwächste Konfliktpartei, die Regierung von Bosnien-Herzegowina, militärisch und diplomatisch besiegt wird. Auch wenn dies als Verhandlungsergebnis in Form einer Dreiteilung des Staates Bosnien-Herzegowina erscheinen mag, wird dadurch die Gewalt nicht beendet, ein wirklicher Frieden nicht hergestellt. Infolge eines auf solche Weise erzielten Waffenstillstands werden die Vertreibungen zur Schaffung ethnisch „reiner“ Gebiete fortgesetzt werden. Der Anschluß der von Serben und Kroaten eroberten Gebiete an die jeweiligen Mutterstaaten ist absehbar. Die Kriegsgefahr in anderen Teilen des ehemaligen Jugoslawien und auf dem gesamten Balkan wird größer. Militärische Siege sind keine Lösung von Konflikten. Ohne die Suche nach einer friedlichen Lösung durch gleichberechtigte Verhandlungen aber ist kein dauerhafter Frieden zu erreichen. Gewaltsame Eroberungen dürfen nicht anerkannt werden, auch dann nicht, wenn ihre Realität als solche hingenommen werden muß. Das Verhältnis zu den Siegerstaaten, Serbien/Montenegro und Kroatien, wird sich daran messen lassen müssen, wie weit sie bereit sind, zu einer für alle jetzigen Konfliktparteien und vor allem für die Opfer, die Bevölkerung von Bosnien-Herzegowina und ihren Staat, gerechten Lösung beizutragen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die mit Gewalt erzielten Grenzveränderungen völkerrechtlich nicht anzuerkennen.

Bonn, den 22. September 1993

**Gerd Poppe**  
**Vera Wollenberger**  
**Werner Schulz (Berlin) und Gruppe**